

**Stoppt den völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine!
Solidarität mit den Kriegsoffern!
Nein zum 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm!
Freiburg muss Friedensstadt werden!**

**Rede zum Ostermarsch am 14. April 2022
in Freiburg, Platz an der Alten Synagoge**

von Jürgen Grässlin

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach 36 Jahren findet wieder ein Ostermarsch in Freiburg statt, getragen von einem breiten Bündnis von mehr als zwanzig Organisationen unserer Friedens-, Umwelt-, Klima-, Gewerkschafts- und sozialen Bewegungen sowie zahlreichen Einzelpersonen. Ich danke den Organisatorinnen und Organisatoren, den Unterstützerorganisationen und auch dem Ideengeber, Max Heinke u.a. vom Freiburger Friedensforum.

Das zentrale Thema unseres Ostermarsches ist leider ein tief Trauriges. Nach dem Krieg auf dem Balkan mit dem völkerrechtswidrigen Kampfeinsatz der NATO im Jahr 1999 wütet heute wieder ein Krieg in Europa. In der Ukraine werden Abertausende Menschen verstümmelt und verkrüppelt, traumatisiert oder getötet. Millionen Menschen müssen fliehen; viele von ihnen als Binnenflüchtlinge im Land, viele ins benachbarte Ausland, auch nach Deutschland.

Verantwortlich für das Massenmorden und die Massenflucht ist das russische Militär, das auf Befehl von Staatspräsident Wladimir Putin am 24. Februar 2022 in der Ukraine einmarschiert ist. Seither werden Dörfer und Städte durch die russische Armee zusammengeschossen, ganzen Landstrichen droht die völlige Verwüstung. Krieg ist die schlimmste Form der Umweltzerstörung!

→ Deshalb muss unsere Botschaft heute lauten: Herr Putin, stoppen Sie diesen völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine – und zwar sofort!

Russische Krieger zerstören nicht nur militärische sondern auch zivile Einrichtungen. Rücksichtslos bombardieren sie Krankenhäuser und setzen offenbar sogar Streumunition und Landminen ein. Damit begehen sie Kriegsverbrechen. Hemmungslos werden sowohl das humanitäre Völkerrecht als auch die UN-Charta gebrochen. Die Ziele der demokratischen Wertegemeinschaft müssen die Wahrung der Menschenrechte und die Wiederherstellung des internationalen Rechts sein – in der Ukraine und weltweit.

→ Wir fordern: Wladimir Putin und die mitverantwortlichen Regierungsvertreter und Militärs müssen in Den Haag vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt werden!

Bitte erlaubt mir eine Zusatzbemerkung: Nicht Julian Assange, der Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, gehört vor Gericht gestellt. Nein, Julian Assange muss freigelassen werden. Stattdessen gehören weltweit alle Verantwortlichen für völkerrechtswidrige Angriffskriege und auch Drohnenkriege vor Gericht gestellt – auch die westlicher Staaten.

→ Die Verurteilung aller Kriegsverbrecher wäre ein wichtiges Signal für eine auf internationalem Recht basierende Weltfriedensordnung!

Die ukrainischen Streitkräfte wehren sich mit all den ihnen zur Verfügung stehenden militärischen Mitteln. In immensem Umfang liefern NATO-Staaten Kriegswaffen und Rüstungsgüter und stärken somit die Widerstandskraft der Ukrainer. Die Ukraine meldet militärische Teilerfolge.

Doch dürfen diese über eines nicht hinwegtäuschen: Russland verfügt über ein ungleich größeres Potential an konventionellen Waffen – und Russland verfügt über mehr als 6200 Nuklearwaffen.

Viele von uns – auch ich – empfinden Wut und Verzweiflung, Trauer und Angst. Angst davor, dass dieser Krieg auf ganz Europa übergreift und dass die NATO zur Kriegspartei wird. Mehr noch: Dass letztlich ein Atomkrieg ausbrechen kann.

Bereits zu Beginn der Invasion drohte Wladimir Putin mit dem Einsatz von Atomwaffen, falls sich die NATO in den Krieg einmischen sollte.

Wie die von der Ärzteorganisation IPPNW veröffentlichte wissenschaftliche Studie „Nuclear Famine“ dokumentiert, würde bereits der begrenzte Einsatz einer geringen Zahl von Atomwaffen zu deutlichen Klimaveränderungen führen. Dann werden bis zu zwei Milliarden Menschen hungern. Was aber droht bei einem totalen Atomkrieg? Dann gibt es nur Verlierer und die wenigen Überlebenden werden die Toten beneiden.

Laut dem Internationalen Gerichtshof (IGH) ist bereits die Drohung mit Atomwaffen völkerrechtswidrig. Deshalb muss Deutschland unverzüglich dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten.

→ Unsere Botschaft an die Regierungen der Atommächte – an Russland, die USA, China, Frankreich, Großbritannien und an alle weiteren – lautet: Verschrotten Sie Ihre Atomwaffen! Beenden Sie das zynische Szenario, das unser aller Leben gefährdet!

Wir in Freiburg erklären uns solidarisch mit den notleidenden Menschen in der Ukraine. Und wir wollen nach Kräften dazu beitragen, ihr Leid zu lindern. Humanitäre Hilfe tut not, jeder Hilfskonvoi ist eine gute Tat. Und lasst uns

unsere Solidarität mit allen von Kriegen Betroffenen bekunden: Mit den Menschen in und aus unserer Partnerstadt Lviv und in und aus der Ukraine. Aber auch mit allen Menschen, die unter Krieg und Gewalt leiden. Denn wir dürfen nicht vergessen: Zurzeit toben weltweit 30 kriegerischer Auseinandersetzungen.

→ Für uns bedeutet Zusammenhalt in Europa die Aufnahme aller Kriegsflüchtlinge! Kritische Journalisten, Friedensdemonstranten, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in Russland, in der Ukraine und aus anderen Ländern müssen unsere Unterstützung erhalten und in der EU Schutz finden!

Waffenlieferungen an die Ukraine im Abwehrkampf gegen einen Angreifer mögen gut gemeint sein. Die EU finanziert u.a. im Rahmen der sogenannten „European Peace Facility“ 1,5 Milliarden Euro an Militärhilfe und für den Kauf von Kriegswaffen. Was für ein Missbrauch des Friedensbegriffes. Deutschland liefert bisher Kleinwaffen, NVA-Haubitzen und Flugabwehrraketen, Rüstungsgüter und Munition. Waffenlieferungen wie diese stärken die Abwehrkraft.

Sie sind dennoch aus mehreren Gründen kontraproduktiv. Denn wer den Export von Kriegswaffen in einen Krieg hinein genehmigt, der wird selbst zur Kriegspartei. Wer Kriegspartei ist, der kann – wie Deutschland und fast alle NATO-Partner – nicht länger glaubwürdiger Organisator oder Gastgeber bei Friedensverhandlungen sein. Vierertreffen im Normandie-Format sind längst unmöglich geworden. Wer Waffen in ein Kriegsgebiet liefert, der verliert die Kontrolle über ihren Einsatz.

Defensivwaffen gibt es nicht – jede Waffe kann auch offensiv eingesetzt werden. Auch mit vermeintlichen Defensivwaffen können schwere Menschenrechtsverletzungen verübt werden. Die gelieferten Kriegswaffen befördern eine dramatische Konflikteskalation. Nicht nur Bundesaußenministerin Annalena Baerbock fordert mittlerweile die Lieferung von schwerem Gerät. Der Begriff steht für Kampfjets, Kriegsschiffe, Artilleriegeschütze und Kampfpanzer.

Rheinmetall will LEOPARD-II-Panzer liefern. Die GRÜNEN, die FDP und Teile der SPD befürworten die Forderung nach Panzerlieferungen. Umso erfreulicher die klare Stellungnahme von Brigadegeneral a.D. Erich Vad: Solche Lieferungen seien potenziell ein "Weg in den Dritten Weltkrieg".

„Wir müssen den laufenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her denken. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen“, so der ehemalige militärpolitische Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ex-Brigadegeneral Vad. Waffenexporte wirken wie Öl ins Feuer dieses Krieges. Die russische Seite hat unmissverständlich erklärt, dass Waffenlieferungen eine Kriegsbeteiligung des

jeweiligen Landes darstellen. Die Folgen dieser Rüstungstransfers sind unabsehbar. Sollten Deutschland oder NATO-Staaten noch Kampfpanzer oder Kampfflugzeuge liefern, droht eine unkalkulierbare Ausweitung dieses Krieges, bis hin zu einem atomar geführten dritten Weltkrieg – was leider eine realistische Option ist.

→ Wir fordern: Keine Waffenexporte in Krisengebiete! Wir sagen Nein zu Rüstungsexporten! Europa muss seine Grenzen schließen für Waffen – und Europa muss seine Grenzen öffnen für Menschen!

Der in Kiew lebende ukrainische Pazifist Jurii Sheliazhenko, Vorstandsmitglied von „World Beyond War“, erhebt seine Stimme für den Frieden: „Was wir brauchen ist keine Eskalation des Konflikts mit mehr Waffen, mehr Sanktionen, mehr Hass auf Russland und China, sondern stattdessen umfassende Friedensgespräche.“[#Q: Interview mit Amy Goodman von Democracy Now! März 2022]

Die bittere Erfahrung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte belegt: Mehr Waffen und mehr Militär lösen keine Konflikte. Vielmehr verschärfen sie die Lage in den Kriegsgebieten.

Das haben der Afghanistan-Krieg, die Irak-Kriege, der Syrien-Krieg, der Libyen-Krieg und der Jemen-Krieg drastisch gezeigt. Am Ende verbleiben Failed States, zahllose Menschen wurden zu Opfern, Billionen von Dollars, Euros und Rubel wurden sinnlos verschleudert.

Nach sieben Wochen des barbarischen Abschlachtens von Zivilistinnen und Zivilisten in der Ukraine machen sich viele von uns große Sorgen über den weiteren Verlauf dieses Krieges. Viele Dörfer, auch die Stadt Mariupol im Südosten liegen in Trümmern, weitere Siedlungen drohen zerstört zu werden. Die aktuelle Entwicklung zeigt in bedrückender Weise: Gewalt führt zu Gegengewalt und Gegengewalt und Gegengewalt... Diese Eskalationsspirale droht aus heutiger Perspektive, in der völligen Zerstörung der Infrastruktur der Ukraine mit Zehntausenden Toten und Millionen Geflüchteten zu enden. Ein Ende des Krieges ist zurzeit nicht absehbar. Der Ukraine droht das schreckliche Schicksal Syriens, also die totale Vernichtung.

→ Deshalb sagen wir: Militär und Rüstung sind nicht die Lösung, Militär und Rüstung sind das Problem!

Die allesentscheidende Frage lautet: Wie kann schnellstmöglich Frieden geschaffen und das fortwährende Massenmorden beendet werden? Wer

den Krieg in der Ukraine beenden will, der muss die Eskalationsspirale von Gewalt und Gegengewalt durchbrechen. Der muss nichtmilitärische, zivile, gewaltfreie Methoden des Widerstands unterstützen. Wer Sicherheit in Europa und in der Welt dauerhaft gewährleisten will, dem sei empfohlen, sollte sich endlich ernsthaft mit dem umfassenden Konzept der alternativen Verteidigung auseinandersetzen.

Diese stellt sich das Ziel, die Zerstörung ganzer Landstriche oder Länder zu vermeiden – ohne dass die Betroffenen kapitulieren und ohne dass sie vor den russischen Aggressoren und Diktatoren einknicken. Verhandlungen, zivile Handlungsansätze, gewaltfreier Widerstand bieten Chancen zum Erhalt der Städte und Infrastruktur bei weitaus weniger Toten und Verletzten.

In einer topaktuellen Stellungnahme beklagt der Bund für Soziale Verteidigung, BSV, die Entwicklung, dass in der Ukraine all das zerstört wird, „was verteidigt werden soll“. In Städten der Ukraine „geht der Widerstand jedoch weiter. Es gibt Bilder von zivilem Widerstand mit Demonstrationen auf Straßen und Plätzen.“

Ulrich Stadtmann, Vorstandsmitglied beim BSV, sagt: „Wenn Russland die Ukraine beherrschen und nicht in eine Ruinenlandschaft verwandeln will, dann muss es funktionierende Städte kontrollieren wollen. [...] Hier könnte soziale Verteidigung ansetzen.“ Wenn die feindlichen Truppen die jeweilige Stadt – ohne militärischen Widerstand – und damit ohne Zerstörung übernommen haben, setzen all die Methoden des zivilen Widerstandes auf allen Ebenen ein. „Die Absetzung oder der Austausch einer Stadtregierung wird keine Herrschaft im Sinne der Besatzer*innen schaffen“, analysiert der BSV.

Dauerhafte Massenproteste, totale Verweigerung der Kooperation auf den Ebenen, die den politischen Gegnern dienen, bis hin zu Generalstreik. Pazifismus ist nicht nur ein einfach nur ein Abschwören von Gewalt – nein, Pazifismus erfordert Mut und Kraft, Rückgrat und Standhaftigkeit und Durchsetzungswillen. In diesen Zeiten des Krieges ist der Pazifismus wichtiger denn je!

Mit jedem weiteren Kriegstag wird die fortwährende Verurteilung durch die Vereinten Nationen zunehmen. Und die umfassenden Sanktionen der EU im Wirtschafts- und Finanzbereich werden den Druck auf die Machthaber in Russland massiv erhöhen.

In diesem Sinn begrüße ich die Beschlagnahme der Besitztümer und die Sperrung aller Bankkonten der reichen Oberschicht, der Oligarchen. Aber Europa muss noch weitergehen und die Zufuhr von Öl und Gas aus Russland drastisch reduzieren – mit dem Ziel, sie völlig zu stoppen.

In der Vergangenheit gibt es sehr wohl historische Fälle erfolgreichen zivilen Widerstands, auch gegen Besetzung. Stadtmann nennt den Widerstand Finnlands vor dem 1. Weltkrieg und die Besetzung Norwegens im 2. Weltkrieg im Widerstand gegen Russland.[#Q: BSV, Rundbrief 1/22, April 2022, S. 3f.]

**→ Lasst uns das Konzept der Sozialen Verteidigung ernst nehmen!
Alle Gespräche, alle Verhandlungen, alle diplomatischen Bemühungen
und alle Formen zivilen Widerstandes sind tausendmal besser als die
Fortsetzung des martialischen Mordens in der Ukraine und sonst wo auf
der Welt! Frieden schaffen gelingt auf Dauer nur ohne Waffen!**

Erlaubt mir noch eine ergänzende Bemerkung für Freiburg: Unser Ansprechpartner für Soziale Verteidigung ist die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden. Mit ihren Angeboten unterstützt sie „Einzelpersonen & Gruppen auf ihrem Weg, Konflikte ohne Gewalt lösen zu lernen“.

Wie hat die Bundesregierung auf diesen Krieg reagiert? Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 eine „Zeitenwende“ verkündet – in der Nachkriegsgeschichte einmalige militärische Aufrüstung verkündet. Mit einem sogenannten „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro will die Ampelkoalition von SPD, GRÜNEN und FDP das deutsche Militär massiv aufrüsten. Entgegen aller vorherigen Ankündigungen, erhält die Ukraine doch Kriegswaffen aus Deutschland. Mit dieser Aufrüstung wird Deutschland – nach den USA und China – zur drittgrößten Militärmacht der Welt aufsteigen. Im Rahmen dieses gigantischen Aufrüstungsprogramms werden neue atomwaffenfähige Kampfbomber und Kampfdrohnen beschafft. Mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts sollen in jedem Jahr für Rüstung und die Bundeswehr und die NATO ausgegeben werden. Ein paar Brosamen bleiben für Ziviles und Entwicklungshilfe. Kein Wunder, dass die Aktienkurse der Rüstungskonzerne derzeit durch die Decke gehen. Bei Rheinmetall, bei Krauss-Maffei Wegmann und bei Heckler & Koch knallen die Champagnerkorken.

**→ Lasst uns in einer einmalig breiten sozialen Bewegung, mit den
Gewerkschaften und Kirchen und mit vielen Gruppen der
Zivilgesellschaft und der Friedensbewegung fordern:
Wir wollen Sicherheit neu denken! Wir wollen abrüsten statt aufrüsten!**

Schon heute – wohlgermerkt vor der neuen Aufrüstungswelle – gibt die NATO sechzehnmal so viel Geld für Militär und Rüstung aus wie Russland. Am 24. März hielt Papst Franziskus in Rom eine Rede, in der er sein Urteil über die Politik der NATO-Staaten verkündete. „Ich schäme mich für die Staaten, die die Militärausgaben auf zwei Prozent anheben, sie sind verrückt! Die wahre Antwort besteht nicht in anderen Waffen, anderen Sanktionen, anderen

politisch-militärischen Allianzen, sondern in einer anderen Einstellung, einer anderen Weise, eine bereits globalisierte Welt zu verwalten, darin, nicht die Zähne zu zeigen, sondern internationale Beziehungen zu knüpfen.“

Laut Aussage von Papst Franziskus befinden wir uns „seit einer Weile in einem ‚Dritten Weltkrieg auf Raten‘, und nun stehen wir vor einer Dimension, die die gesamte Welt bedroht. Und das Grundproblem ist immer das gleiche: Die Welt wird weiterhin wie ein ‚Schachbrett‘ behandelt, wo die Mächtigen die Züge studieren, um ihre Vorherrschaft zum Schaden der anderen auszudehnen.“

→ Wir sprechen uns entschieden gegen die Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Bruttoinlandproduktes aus!

→ Statt eines 100 Milliarden Euro teuren Aufrüstungsprogramms fordern wir von der Bundesregierung einen Friedens-, Sozial- und Ökologiefonds im Volumen eben dieser 100 Milliarden Euro! Einen Fonds für Bildung und Erziehung, für Kunst und Kultur, für Gesundheit und Pflege, für den Ausbau der regenerativen Energiequellen, für die sozial-ökologische Transformation und damit für ein zukunftsfähiges Deutschland!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, lasst mich zum Schluss noch ein richtungsweisendes Konzept für unsere Stadt vorstellen. Die Stadt Freiburg rühmt sich gerne, „Green City“ zu sein. Als Zielvorgabe klingt dieser weithin verbreite Werbeslogan gut. Wie aber kann Freiburg grün und nachhaltig sein, wenn Waffenbestandteile der Freiburger Firma Northrop-Grumman LITEF in Kampfflugzeugen, Kampfpanzern oder Kriegsschiffen im Afghanistan-Krieg, im Libyen-Krieg, im Irak-Krieg, im Jemen-Krieg eingesetzt wurden bzw. werden? Dies ist nur ein problematisches Beispiel von mehreren. Wie also sehen die Voraussetzungen dafür aus, dass Freiburg „Friedensstadt“ und damit tatsächlich zu einer „Green City“ wird?

Unsere Ziele und Forderungen für eine !Friedensstadt Freiburg! sind:

1. Frieden durch die Förderung der Umstellung auf Produkte für den Frieden, statt Waffen für den Krieg. Keine Rüstungsproduktion und -exporte bei Northrop-Grumman-LITEF und den Zulieferbetrieben!
2. Frieden durch Friedensforschung fördern. Keine Militär- und Rüstungsforschung an den Fraunhofer-Instituten und an der Universität Freiburg!
3. Frieden durch Vorbilder des Friedens und der Demokratie. Keine Kriegsdenkmäler und Kriegsstraßen in Freiburg!
4. Frieden durch Förderung, Unterstützung und Mitarbeit in der Friedens- und Entwicklungsarbeit!
5. Frieden durch Friedensbildung in städtischen Einrichtungen für Bildung und Erziehung!
6. Frieden durch den Ausbau und die Förderung der Flüchtlingshilfe!

7. Frieden durch Unterstützung einer atomwaffenfreien Stadt und einer atomwaffenfreien Welt im Rahmen der „Mayors für Peace“!
8. Ausbau des Konzepts der internationalen Partnerstädte!
9. Unterstützung einer Kultur des Friedens durch ein alljährliches internationales Friedensfest!

Um diese Ziel zu erreichen, bitten wir interessierte Bürgerinnen und Bürger, Kirchen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen sowie die Stadt Freiburg, Stadtrat und Verwaltung, um ihre Mitarbeit und Mithilfe beim Projekt !Friedensstadt Freiburg!

**→ Aus Freiburg dürfen keine weiteren Waffen bzw. deren Bestandteile in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert werden!
In Freiburg darf nicht länger Rüstungsforschung betrieben werden!
Freiburg muss Friedensstadt werden!**

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde! Was ist unser Ziel?

Papst Franziskus hat jüngst auf dem Petersplatz einen "echten Oster-Waffenstillstand" gefordert. „Nicht, um diese Zeit zum Aufrüsten und späteren Weiterkämpfen zu nutzen, sondern um durch wahrhaftige Verhandlungen zum Frieden zu gelangen.“

→ Ja, wir wünschen uns einen "echten Oster-Waffenstillstand".

Mehr noch: Wir wünschen uns einen dauerhaften Waffenstillstand!

→ Wir wollen diesen und alle Kriege stoppen! Wir wollen Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte für alle.

Lasst uns deshalb gemeinsam eine gesamteuropäische Friedensordnung schaffen!

Lasst uns die Unkultur des Krieges durch eine allumfassende Kultur des Friedens überwinden – in der Welt, in Europa und bei uns in Freiburg!

Vielen Dank. << Es gilt das gesprochene Wort. >>

Jürgen Grässlin

ist Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Mitbegründer der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.) mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE. Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter internationale Bestseller. Grässlin wurde mit zehn Preisen für Frieden, Zivilcourage, Medienarbeit und Menschenrechte ausgezeichnet.

Kontakt: Tel.: 0049-761-7678208, Mob.: 0049-170-6113759

E-Mail: jg@rib-ev.de, graesslin@dfg-vk.de

Wichtige Informationen zum Russland-Ukraine-Krieg siehe u.a. www.dfg-vk.de, www.friedenskooperative.de, www.kulturdesfriedens.de, www.wfga.de //

zu Rüstungsexporten siehe www.gn-stat.org, www.rib-ev.de, www.aufschrei-waffenhandel.de //

Zur IPPNW-Studie siehe <http://www.psr.org/assets/pdfs/two-billion-at-risk.pdf>

Sicherheit neu denken: <https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/downloads/>

Abrüsten statt aufrüsten: <https://dfg-vk.de/aktion-gegen-das-100-milliarden-euro-sondervoegen-fuer-die-bundeswehr-abruesten-statt-aufruesten/>

Bund für Soziale Verteidigung: <https://www.soziale-verteidigung.de/> insbesondere auch dieser Artikel:

[https://www.soziale-verteidigung.de/system/files/documents/stadtmann - sv in staedten.pdf](https://www.soziale-verteidigung.de/system/files/documents/stadtmann_-_sv_in_staedten.pdf)

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden: <https://wfga.de/>

Gene Sharp: <https://www.aeinstein.org/nonviolentaction/198-methods-of-nonviolent-action/>

Der Appell <https://derappell.de/de/>